Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Wohlstandsdebatte: Diese Steuern machen Deutschland gerechter
2. Ukraine
3. Orwell 2.0
4. Harald Schumann – Eine Ignoranz, die den Rechten nutzt
5. Teurer Euro: Die Zauderer von der EZB
6. Business Among Friends: Why corporate tax dodgers are not yet losing sleep over global tax reform
7. Die unendliche Geschichte der "Kalten Progression"
8. Michael Hudson: Stockholm Syndrome in the Baltics – Latvia's Neoliberal War against Labor and Industry
9. Video: Sehnsuchtsort Europa?
10. Geheimdienstzentrale in Berlin: Wir wollen keine Machtdemonstration
11. Deutsche Äpfel dicker als EU-Birnen
12. Anmerkung zu unserem Hinweis #3 von heute morgen: „Empörung über Gesetzesentwurf, der uneingeschränkte Bebauung der griechischen Küste vorsieht"

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Wohlstandsdebatte: Diese Steuern machen Deutschland gerechter**
   Arm gegen Reich, Arbeit gegen Kapital: In Deutschland ist eine neue Gerechtigkeitsdebatte entbrannt. Die Vermögen sollen anders verteilt werden, wünschen sich viele Bürger. Doch über welche Steuern lässt sich das am besten anstellen? […]
   1. Spitzensteuersatz anheben […]
   Fazit: Die Einkommensteuer ist zwar eine gute Geldquelle für den Staat und kann auch zur Umverteilung beitragen. Eine Erhöhung trifft aber vor allem die arbeitende gehobene Mittelschicht. Große Vermögen werden verschont. […]
   4. Vermögensteuer wieder einführen […]
   Doch die Steuer hat ein Problem: Sie belastet bestehende Vermögen – unabhängig davon, ob diese überhaupt Erträge abwerfen. Damit werden zum Beispiel

Unternehmen, denen es ohnehin schlecht geht, zusätzliche Kosten auferlegt. […]
Fazit: Die Vermögensteuer klingt charmant, hat aber in der Praxis viele Haken.
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung JB: *Es ist ja löblich, dass der SPIEGEL diese Debatte überhaupt führt. Leider geht der Autor hier jedoch mit erstaunlich wenig Phantasie an die Sache. Wer sagt beispielsweise, dass man den Spitzensteuersatz nicht erst ab einem Einkommen anheben kann, das oberhalb der „arbeitenden Mittelschicht" liegt? Es ist nun einmal Fakt, dass es in Deutschland – je nach Quelle – rund 15.000 Einkommensmillionäre gibt. Dazu gehören beispielsweise Top-Manager, Banker, Fußballprofis und auch erfolgreiche Künstler. Wenn diese Gruppe stärker besteuert würde, träfe es ganz sicher nicht die „arbeitende Mittelschicht". Auch bei der Vermögensteuer zeigt sich der SPIEGEL ungewohnt naiv. Selbstverständlich ließen sich Forderungen aus der Vermögensteuer auch stunden, wenn die Belastung ein Unternehmen gefährden würde. Es könnte auch eine Steuer formuliert werden, die nur dann fällig wird, wenn mit dem Bestandsvermögen Renditen erzielt werden. Der Phantasie sind da keine Grenzen gesetzt.*
Erstaunlich ist auch, dass der SPIEGEL mit keinem Wort auf das Thema Steuervermeidung eingeht. Auch bei den schon heute anfallenden, niedrigen, Steuersätzen, wird die Steuerlast durch allerlei legale und illegale Tricks minimiert. Eine Abschaffung der Schlupflöcher würde laut DIW rund 90 Milliarden Euro Mehreinnahmen pro Jahr bringen.

Wen das Thema „Wohlstandsdebatte" interessiert, dem empfehle ich an dieser Stelle mein am Montag erscheinendes Buch „Wem gehört Deutschland".

2. **Ukraine**
   a. **Gysi-Interview zur Ukraine: "Der Westen hat auch alles falsch gemacht"**
   In der Ukraine-Krise gilt die Linke als Partei der Putin-Versteher. Fraktionschef Gregor Gysi erklärt im Interview, warum er den Kurs des Kreml nachvollziehen kann. Der Kanzlerin wirft er vor, sich einseitig in den ukrainischen Wahlkampf einzumischen.
   Quelle: SPIEGEL Online
   b. **EU-Geheimbericht schürt Angst vor härteren Russland-Sanktionen**
   Bei einem Handelskrieg mit Russland käme kein Land ungeschoren davon. Ein Geheimpapier der EU, das stern.de vorliegt, warnt vor einer neuen Wirtschaftskrise. […]
   Was die Experten der EU-Kommission in ihren vertraulichen Berichten vorhersagen, lässt sich auf einen einfachen Nenner bringen: Bei einem vom Zaun

gebrochenen Handelskrieg kommt keiner ungeschoren davon. Für viele Länder würden die Folgen sogar verheerend sein. Dabei gelten zwei Faustregeln: Je weiter östlich, desto größer die Auswirkungen. Und: Je härter die Sanktionen gegen Russland, desto größer der Schaden für die EU-Mitglieder. Die Szenarien zeigten "eindrucksvoll, wie abhängig Europa von Russland ist", urteilt ein Brüsseler Insider. […]
Würden gegen Russland harte Sanktionen verhängt, würde die Konjunktur hierzulande sehr schnell brutal einbrechen. Das Bruttoinlandsprodukt würde in diesem Jahr um 0,9 Prozentpunkte sinken, 2015 fehlten weitere 0,3 Prozentpunkte. Von dem bislang erwarteten Wirtschaftswachstum von 1,6 Prozent bliebe nicht einmal die Hälfte übrig. Und das ist noch "relativ konservativ geschätzt", heißt es in dem Bericht. Die tatsächlichen Folgen könnten weit gravierender sein. Denn wie sich die dann zwangsläufig steigenden Energiepreise auf Haushalte und Börsen auswirken, lasse sich kaum abschätzen, schreiben die Brüsseler Experten. Was das alles bedeutet, liegt auf der Hand: Weniger Wachstum, weniger Arbeitsplätze, weniger Steuereinnahmen, mehr Schulden.
Quelle: Stern

c. **Die Mitschuld des Westens**
Für viele Kommentatoren ist eins völlig klar: Das "neoimperialistische" Russland strebt in der Ukraine äußerst aggressiv danach, die Sowjetunion wieder auferstehen zu lassen. Garniert werden die "Annexion der Krim" und die Destabilisierung der Südostukraine mit "völkischem Nationalismus",wie es so oft heißt. Putin müsse daher unbedingt gestoppt werden.
Jedoch spricht einiges dafür, dass diese Sichtweise zu kurz greift. Wir dürfen nicht nur Propaganda und Lügen des Kremls benennen. Wir sollten auch nach Fehlern suchen, die der Westen begangen hat. Angesichts der blutigen Verschärfung mit vielen Todesopfern am Wochenende in Odessa müssen wir alle sehr schnell zur Besinnung kommen.
Wackliger EU-Pakt. Mag sein, dass die EU einmal ihre Strategie gegenüber Russland überdenken wird. Natürlich war es naiv zu glauben, dass mit den Milliarden auch die Demokratie in Russland einkehrt. Doch bei der Fehlersuche dürfen wir hier nicht haltmachen. Wer nur selbstgerecht Russlands Bruch des Völkerrechts brandmarkt, leistet keinen Beitrag zur Entspannung. Nicht erst in der Anbahnung des Freihandelsabkommens mit der Ukraine, sondern schon viel früher gab es Versäumnisse, die zur heutigen Eskalation beigetragen haben.
Quelle: Wirtschaftsblatt

d. **Hitlers Helfer: wie Nationalisten die Ukraine weiter spalten**

Die Lage im Osten der Ukraine ist eskaliert: Prorussische Separatisten kontrollieren Ortschaften und Städte, setzen sich über Gesetze hinweg. Sie stürmen die Staatsanwaltschaft von Donezk, schlagen ukrainische Polizisten zusammen, grenzenloser Hass. Dieser Hass kann das Land spalten. Denn das Land ist auch in der Erinnerungskultur tief gespalten: Im Zweiten Weltkrieg stand die Ostukraine nach Meinung vieler auf der einen, die Westukraine auf der anderen Seite.
Nichts macht das deutlicher als das große Vorbild im Westen: Stepan Bandera. Sein Bild prangt nahe der großen Bühne auf dem Maidan. Immer wieder einte die Protestierer eine Parole aus der Bandera-Zeit: "Ehre der Ukraine – Ehre den Helden!" Doch Stepan Bandera war ein radikaler Nationalist. Sein Kampf für eine unabhängige Ukraine war auch ein Kampf gegen Juden, Polen und Russen. Dafür verbündete er sich mit Hitler.
Quelle: DasErste.de

passend dazu: **Claus Leggewie: Militante Erinnerungskultur**
Während historische Konflikte in vielen Regionen ausgeräumt sind, wird in der Ukraine ein Schlachtfeld für geschichtspolitische Kämpfe aufgemacht. Wie gefährlich das ist, wird von vielen nicht gesehen. – Wer 70 Jahre auf dem Mond war und die aktuellen Auftritte der Nationalisten in der Ukraine und die Parteinahme vieler Russen studiert, könnte meinen, der "Große Vaterländische Krieg" sei noch immer im Gange. Da ist von "Faschisten" die Rede, die angeblich in Kiew an der Macht sind, als hätten auf dem Kiewer Maidan Nazikollaborateure gestanden, und bei den Sezessionisten in Donezk und auf der Krim wehen rote Fahnen mit Hammer und Sichel und es werden Stalin-Konterfeis in die Höhe gehalten, als sei der Diktator noch am Leben. Solche Symbole und Ikonen werden zum Teil manipulativ eingesetzt, zum Teil entsprechen sie der unaufgeklärten Volksstimmung, die nie durch das Säurebad historisch informierten Zweifels hindurchmusste.
Quelle: taz

Anmerkung Orlando Pascheit: *So interessant und auf längere Sicht zielführend die Ausführungen Claus Leggewies sind, aber bilden sie auch eine Basis für Handlungsanweisungen in der aktuellen Politik? Immerhin können sie unser Verständnis der Situation fördern und uns Abstand gewinnen lassen.*

3. **Orwell 2.0**
   a. **Datensammeln – auch ohne rechtliche Grundlage: So oft spionieren Behörden die Nutzer aus**

Neue Transparenzberichte zeigen auf, wie oft Behörden Nutzer überwachen lassen und mit welchen unrechtmäßigen Mitteln sie dabei teils vorgehen.
Die Telekom musste knappe eine Millionen IP-Daten herausgeben
Die NSA bleibt nicht die einzige Sicherheitsbehörde, die auf Onlinedaten der Bundesbürger zugreift. Auch die deutschen Institutionen haben ein verstärktes Interesse daran, was sich im Netz und am Telefon so tut. Eine ungefähre Vorstellung der Größenordnung gibt ein aktueller Transparenzbericht der Deutschen Telekom. Laut der Auflistung lassen die hiesigen Sicherheitsbehörden rund 50.000 Anschlüsse des Netzbetreibers überwachen.
Dass es mitnichten immer so rechtens zugeht, zeigt der deutsche E-Mail-Anbieter Posteo. Das Unternehmen hat ebenfalls einen Transparenzbericht für das Jahr 2013 veröffentlicht. Der Anbieter kam laut eigener Aussagen in nur einem Fall der Beschlagnahmung und Überwachung eines laufenden Postfaches nach. In insgesamt sieben Fällen richteten Behörden Anträge zur Herausgabe von Bestandsdaten an Posteo, die man jedoch ablehnte, da der Anbieter diese nicht erhebe. Von diesen sieben Anfragen sollen lediglich zwei formal korrekt gewesen sein. Die anderen waren laut Posteo entweder nicht vorschriftsmäßig oder hatten keinen vorausgesetzten richterlichen Beschluss.
Quelle: crn.de

b. **“Die Regierung versucht, uns für dumm zu verkaufen”**
Der NSA-Untersuchungsausschuss hat beschlossen, Edward Snowden zu befragen. Aber müsste man ihn, käme er dafür nach Deutschland, an die USA ausliefern? Oder knickt die Regierung vor den USA ein? Fragen an den Ex-Bundesrichter und früheren Bundestagsabgeordneten Wolfgang Nešković.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

4. **Harald Schumann – Eine Ignoranz, die den Rechten nutzt**
Die debilen Slogans der deutschen Parteien zur Europawahl nützen am Ende rechten Populisten. Indem so getan wird, als ginge es bei dieser Wahl um nichts, rufen sie de facto zur Wahlenthaltung auf. Wenn das so weitergeht, könnte dieser Europawahlkampf der letzte sein. […]
Es brennt im europäischen Haus, aber die nationalen Zampanos in den Regierungs- und Parteizentralen schüren die Illusion, alles könne bleiben, wie es ist. Genau dieser fahrlässige Umgang mit der europäischen Integration ist es, der den Rechtspopulisten die Wähler zutreibt. Diese haben außer Rassismus und haltlosen Versprechungen zur Rückkehr in eine fiktive Nationalökonomie eigentlich wenig zu bieten. Aber auf eines können die Antieuropäer bauen: die Schwäche ihrer Gegner. Indem diese mit ihrem Nicht-Wahlkampf de facto zur Wahlenthaltung aufrufen, verschaffen sie den Stimmen für die Heilsverkünder von gestern umso höheres Gewicht.

Quelle: Tagesspiegel

5. **Teurer Euro: Die Zauderer von der EZB**
   […] Deutschland blockte bereits ab: Konjunkturpolitik ist nicht der Job der EZB, heißt es aus Berlin. Soll doch der Nachbar erst mal Hausaufgaben machen: Etat schrumpfen, Wirtschaft fit machen. Ungerecht: Die deutschen Dumpinglöhne sind mitverantwortlich für die unausgeglichenen Handelsbilanzen der Euro-Partner – und somit mitschuldig an der Krise in Europa und Frankreich. EZB-Chef Mario Draghi tat am Donnerstag erst mal – gar nichts. Dabei missfällt auch Draghi der teure Euro. Er schadet nicht nur Europas Exporteuren, er drückt auch indirekt über fallende Importpreise das Preisniveau in der Eurozone. Dieses lag zuletzt bei 0,7 Prozent, entfernt von der Zielmarke von 2 Prozent. Alles erscheint Draghi aber noch nicht akut genug.
   Quelle: taz

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Die Sympathisanten der AfD sollten sich einfach einmal die Entwicklung des Euro anschauen und sich fragen, wo die D-Mark nach einem Austritt Deutschlands stünde.*

6. **Business Among Friends: Why corporate tax dodgers are not yet losing sleep over global tax reform**
   Fair tax regimes are vital to finance well-functioning states and to enable governments to uphold citizens' rights to basic services, such as healthcare and education. Tax dodging by big corporations deprives governments of billions of dollars and drives rapidly increasing inequality. Recent G20 and OECD moves to clamp down on corporate tax dodging are a welcome first step, but opponents are set on undermining them. And most developing countries, which lose billions to corporate tax dodging annually, are being left out of the decision making.
   Quelle: Oxfam

   dazu: **Interessen multinationaler Konzerne dominieren Pläne der G20 und OECD zu einer globalen Steuerreform**
   Am 2. Mai veröffentlichte Oxfam den Bericht „Business among Friends", der den von der OECD zu erarbeitenden „Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting" (BEPS) kritisch bewertet.
   Die negativen Auswirkungen von Steuervermeidung und Profitverschiebung auf Entwicklung werden zunehmend von Politikern und internationalen Organisationen wahrgenommen. Der Betrag, den Regierungen im Globalen Süden durch illegale Finanztransaktionen aber auch legalen Tricks zur Steuervermeidung jährlich verlieren, übersteigt den Betrag, den diese Länder in Form von Mittel der öffentlichen

Entwicklungszusammenarbeit erhalten, um ein Vielfaches.
Nichtsdestotrotz seien Entwicklungsländer im Reformprozess des globalen Steuersystems kaum beteiligt, so der Bericht. Stattdessen würden die Verhandlungen von den Interessen der Wirtschaft dominiert. Als Folge seien OECD-Mitglieder und multinationale Konzerne die Hauptnutznießer der Reform, zu Lasten der Länder des Globalen Südens.
Quelle: blog steuergerechtigkeit

7. **Die unendliche Geschichte der "Kalten Progression"**
   Es ist seit Jahrzehnten ein echtes Ärgernis: Man bekommt eine Lohnerhöhung, die eh schon von der Inflation aufgefressen wird – und dann rutscht man im Steuersystem auch noch eine Stufe höher und hat damit weniger Geld in der Tasche als zuvor. Bereits 2008 hatte Panorama über dieses Phänomen namens "Kalte Progression" berichtet. Seitdem verspricht die Politik immer wieder, das Problem anzugehen – ohne Taten folgen zu lassen.
   2012 scheiterte die Reform im Bundesrat
   2009 hatte Schwarz-Gelb zwar vor der Wahl die Abschaffung der Kalten Progression versprochen, um das Vorhaben dann wegen der Folgen der Finanzkrise zunächst ad acta zu legen. Es kam nur zu kleinen Änderungen des Steuertarifs, die zuvor schon die Große Koalition beschlossen hatte. 2012, als die Spielräume dann da waren, scheiterte das Projekt an der rot-grünen Mehrheit im Bundesrat.
   Dabei hatte der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Stephan Kampeter (CDU), damals getönt: "Manche werden sich über die unsachlichen Reden, die heute im Bundesrat gehalten wurden, schämen. Die Entlastung für die Steuerzahler wird und muss kommen. Sie ist angesichts der Steuermehreinnahmen auch verkraftbar."
   Quelle: DasErste.de
8. **Michael Hudson: Stockholm Syndrome in the Baltics – Latvia's Neoliberal War against Labor and Industry**
   The small Baltic republic of Latvia suffered the largest contraction of any European economy following the Great Financial Crisis of 2008. Reckless lending from Swedish banks fueling a Latvian property bubble caused the collapse. Its bubble had to burst, just as similar bubbles were bursting from the United States to other parts of Europe. Making matters worse, Latvia's debt legacy was primarily denominated in euros, thus reprising the problem of the Global South in the debt crisis of the 1980s when loans had to be paid back in a foreign currency, in that case the then strong US dollar.
   What makes Latvia so significant is the sacrificing of their national economic interests to foreign bankers. Having employed a steady diet of neoliberal policies since recovering independence from the USSR in 1991, faced with the 2008 financial shock,

Latvia proved obdurate on austerity—or more specifically, austerity for labor and bailouts for banks. To restore Swedish bank 'confidence' in its economy, defined as the promise to save banks from their loans gone bad, Latvia slashed employment, government, public-sector wages, and public sector spending generally.
This policy reflected Swedish demands—backed by the International Monetary Fund (IMF) and European Union (EU)—that banks must be repaid first, and in full. All other policies were subordinated to serve that goal. Latvia's government succumbed to Stockholm syndrome, becoming the chief defender of foreign financial interests that reduced its economy to debt penury, and in so doing went even further in pursuit of austerity than the IMF and Swedes counseled.
Quelle: Naked Capitalism

9. **Video: Sehnsuchtsort Europa?**
Europäische Schriftstellerkonferenz in Berlin: Kann Literatur ein Europa schaffen? Definieren Grenzen Kontinente – oder Menschen? 31 Autoren aus 25 Ländern debattieren am 8. und 9. Mai 2014 in Berlin über das Konstrukt Europa.
Quelle: 3sat Mediathek

Anmerkung H.R.: *Herr Steinmeier kommt ab ca. 00:50 Minute zu Wort. Wenn er seine Worte auch innerparteilich durchsetzen könnte, hätte die SPD einiges gewonnen.*

10. **Geheimdienstzentrale in Berlin: Wir wollen keine Machtdemonstration**
Der deutsche Bundesnachrichtendienst zieht in seine neue Zentrale in Berlin ein. Der Gebäudekomplex ist das grösste Hochbauprojekt des deutschen Staates seit 1945. Der Architekt Jan Kleihues erläutert seinen Umgang mit Volumen und Macht: " … An den oder an dessen Architektursprache haben wir bei der Arbeit nicht gedacht. Mit dem Gebäude wollten wir keine Machtdemonstration erzielen. Wir haben aber auch nicht als Erstes gefragt: Wie entwerfe ich ein Gebäude, damit es nicht aussieht wie eines von Speer? Das wäre der falsche Ausgangspunkt, da käme nichts Gescheites heraus. Wenn wir Gebäude planen, geschieht das stets unter Berücksichtigung der Umgebung, in die es eingebunden wird. Wir respektieren bei unseren Entwürfen immer den «Genius Loci», also die kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, die auf einen Ort einwirkten und noch einwirken. Ein Gebäude wird schliesslich nicht im luftleeren Raum erschaffen. … Ich bin der Meinung, die Architektur eines Gebäudes sollte sich von dessen Funktion ableiten. Schliesslich muss die Architektur eines Sicherheitsbaus seinen Zweck erfüllen. … Ich habe in Büros gearbeitet, wie denen von Daniel Libeskind oder Peter Eisenman, in denen man in ganz unterschiedlicher Art und Herangehensweise witzig und originell sein wollte. Das ist auch gut so – Architektur ist schliesslich eine Kunst und soll immer wieder

verschiedene Formen hervorbringen. Doch für mich kam für dieses Gebäude an diesem speziellen Ort nur diese Art der Gestaltung infrage.
Quelle: NZZ

Anmerkung Orlando Pascheit: *Der Fragesteller der NZZ bringt es auf den Punkt: "Auch wenn Sie sich um Zurückhaltung bemühen: Es kommen einem unweigerlich die Grossbauten des Hitler-Architekten Albert Speer in den Sinn" Da gewinnt die Aussage von Jan Kleihues: "Wir respektieren bei unseren Entwürfen immer den «Genius Loci», also die kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, die auf einen Ort einwirkten und noch einwirken" doch eine tiefere Bedeutung. Aber die Auftraggeber in Berlin zeichnen sich ja schon seit längerem durch, allem öffentlichen Gehabe zum Trotz, Geschichtsvergessenheit aus – siehe deutsches Militär in der Ukraine. – Die Geheimdienstzentrale ist ein stockhässlicher Gebäudekomplex. Und wenn das Erscheinungsbild eines Gebäudes seine Funktionen widerspiegelt, so wird auf jeden Fall klar, dass Intelligenz nicht gefragt war.*

11. **Deutsche Äpfel dicker als EU-Birnen**
[…] Das Blatt behauptet:

[…]
Eigentlich hätte die Schlagzeile also heißen müssen:
Deutsche arbeiten 1,9 Std. weniger als EU-Durchschnitt
Quelle: BILDblog

12. **Anmerkung zu unserem Hinweis #3 von heute morgen: „Empörung über Gesetzesentwurf, der uneingeschränkte Bebauung der griechischen Küste vorsieht"**

Unser Leser C.W. schreibt uns: *Offensichtlicher kann man die Entmündigung der öffentlichen Infrastruktur – die da lautet: solidarische Sozialgesellschaft, Umweltschutz, Energiewende, usw. – nicht betreiben. Der Gesetzesvorschlag des griechischen Finanzministers erinnert stark an die Tsunami-Katastrophe Sri Lanka's in 2004, wo die Tourismus-Industrie drauf und dran ist, die öffentlichen Strände und den Grund und Boden, den die Fischer-Familien bewohnten, sich unter ihre gierigen Nägel zu reißen.*
Der korrupte Minister müsste sich nur mal über die Entwicklung der bulgarischen Strände (Sonnenstrand, Goldstrand) erkundigen, um zu sehen, wie seine griechischen

Küsten dann aussehen. Zudem fest inder Hand der bulgarischen Mafia, die überall ihre Finger drin hat, wo man Ausländern die Kohle abknöpfen kann.
Ein Schelm, wer daran denkt, dass dies Auflagen der Troika sein könnten, die das Land am Liebsten ganz der "private equity" überlassen würde, profitieren sie doch selbst davon….